

25. April 2007

Den Baslerinnen und Baslern die Entwicklung von Kanton und Stadt ermöglichen

Positionspapier zur Kantons- und Stadtentwicklung

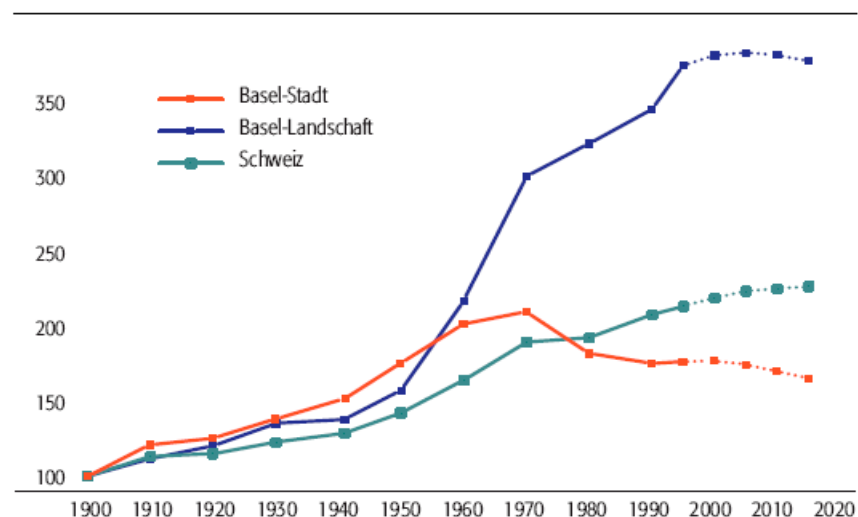
Das vorliegende Positionspapier der Basler FDP konzentriert sich auf die Bau- und Wohnpolitik sowie auf ausgewählte Kantonsgebiete – im Wissen darum, dass Kantons- und Stadtentwicklung letztlich alle Politikbereiche umfasst. Im Zentrum steht die Erkenntnis, dass die Kantonsverwaltung die Entwicklung von Basel-Stadt nur bedingt bestimmen kann und soll – die Politik sie aber ermöglichen muss.

1. Ausgangslage

1.1. Bevölkerungsentwicklung in Basel-Stadt

In Basel-Stadt leben derzeit knapp 190'000 Einwohnerinnen und Einwohner, wovon gegen 170'000 in der Stadt Basel, über 20'000 in Riehen und gut 1000 in Bettingen. Das sind rund 20 Prozent weniger als noch vor wenigen Jahrzehnten. Die Basler Bevölkerungsentwicklung wies bis in die 1950er Jahre ein deutlich stärkeres Wachstum

Indexkurven der Bevölkerungsentwicklung in den beiden Basel und der Schweiz 1900–2020



Quelle: Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt (Eidgenössische Volkszählungen; Kantonale Bevölkerungsfortschreibung; Regionalplanungsstelle beider Basel, 1996; Bundesamt für Statistik, 1996)

als der Landesdurchschnitt auf. Von 112'200 Personen im Jahr 1900 verdoppelte sich die Bevölkerung bis 1960 auf 225'600 Personen. Hierfür verantwortlich ist vor allem die Land-Stadt-Wanderung. Ab den 1960er Jahren geht zuerst die Wachstumsrate, in den 1970er Jahren auch die absolute Zahl der Bevölkerung deutlich zurück (1970: 234'900 Personen; 1990: 199'400 Personen). Zu Beginn des laufenden Jahrzehnts

konnte die Abwanderung gestoppt werden; Ende 2002 wies der Kanton Basel-Stadt gar mehr Einwohnerinnen und Einwohner auf als ein Jahr zuvor. Seither bleibt die Einwohnerzahl in etwa stabil. Basel weist damit im Vergleich mit der Stadt Zürich eine gegenläufige Tendenz auf, dort steigt seit einiger Zeit die Anzahl der Einwohner.

- Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt
www.statistik-bs.ch

Wie viele andere Städte auch, sieht sich Basel gleichzeitig mit unterschiedlichen Trends konfrontiert. Während hohe Sozialausgaben, Steuern und Verkehrsprobleme die Bevölkerung belasten, findet der Rhythmus der Stadt gleichzeitig wieder vermehrten Zuspruch. So prägen grosszügige neue Wohnungen das Bild des Stadtkantons genauso wie eine Vielzahl alter, kleiner und damit unattraktiver Wohnungen.

1.2. Aktionsprogramm Stadtentwicklung

Um die Lebens- und Wohnqualität im Kanton Basel-Stadt zu steigern und damit auch die Steuereinnahmen von natürlichen Personen zu sichern, hat der Regierungsrat in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre den sogenannten „Werkstadt Basel“-Prozess gestartet und daraus folgend das Aktionsprogramm Stadtentwicklung ausgearbeitet. Bekannt wurden dabei vor allem die beiden Impulsprogramme „Wohnumfeldaufwertung“ und „5000 Wohnungen innert zehn Jahren“.

Für das Impulsprogramme „Wohnumfeldaufwertung“ hat das Basler Stimmvolk in einer Referendumsabstimmung im Jahr 2000 mehr als 20 Millionen Franken bewilligt. Mit verschiedenen kleineren und grösseren Investitionen besonders in den Bereichen Verkehrsführung und Stadtgestaltung sollten Verbesserungen für die Anwohnerinnen und Anwohner erreicht werden. Das im Jahr 2001 gestartete Impulsprojekt „5000 Wohnungen innert zehn Jahren“ (Logis Bâle) hat sich zum Ziel gesetzt, das Angebot an Wohnraum im Kanton qualitativ und quantitativ zu verbessern.

In den vergangenen fünf Jahren konnte durch zahlreiche Zonenänderungen im Rahmen von Einzelverfahren sowie der Teilzonenplanrevision neues Potential von 1200 bis 1500 Wohneinheiten geschaffen werden. Der Grosse Rat hat im Januar 2007 die Fortsetzung dieses Projekts beschlossen und hierfür 800'000 Franken bewilligt.

- Impulsprojekt „5000 Wohnungen innert zehn Jahren“
www.logisbale.ch

1.3. Neuer Führungsbereich Kantons- und Stadtentwicklung

Im Januar 2007 legte der Regierungsrat seine Vorstellungen zur Umsetzung der neuen Kantonsverfassung vor. Im neuen Präsidialdepartement soll ein Führungsbereich „Kantons- und Stadtentwicklung“ Grundlagen schaffen, Informationen und Fachwissen aufzubereiten und Zukunftsperspektiven zu formulieren. Die strategische Wohnbauförderung soll deutlich gestärkt werden, indem hierfür eine Fachstelle Wohnen geschaffen wird. Die Basler FDP präsentiert mit dem vorliegenden Positionspapier als erste Basler Partei eine aktuelle Darstellung dieses Politikbereichs.

- Neue kantonale Regierungs- und Verwaltungsorganisation 2009
www.medienmitteilungen.bs.ch > 23. Januar 2007

2. Prinzipien der Basler FDP

- **Politik kann Kantons- und Stadtentwicklung nicht erzwingen**

Die Bevölkerungsentwicklung ist durch die Politik nur bedingt steuerbar. Die Demografie und die Wirtschaftsentwicklung sowie geänderte Wertvorstellungen, Lebens-, Arbeits- und Wohnformen entziehen sich weitgehend dem Zugriff des Staats. Ferner spiegeln sich in der Entwicklung von Basel-Stadt auch internationale Trends, auf welche die lokale Politik keinen Einfluss nehmen kann. Als liberale Volkspartei begrüsst und anerkennt die Basler FDP, dass die Kantonsverwaltung der Bevölkerung die Kantons- und Stadtentwicklung nicht vorschreiben kann.

- **Politik darf Kantons- und Stadtentwicklung nicht verhindern**

Dennoch hat die Politik grosse Implikationen auf die Entwicklung von Kanton und Stadt. Sie setzt den Rahmen, in dem sich die Einwohnerinnen und Einwohner entfalten können. Nicht zuletzt vermag dabei verfehlte Politik die Entwicklung des Kantons zu verhindern. Ist ein Zonenplan unsorgfältig ausgearbeitet, vergraulen kontraproduktive „Mietschutzbestimmungen“ Investitionen in neuen Wohnraum, ist die Verkehrspolitik verfehlt, die Qualität der Schulen ungenügend und die Steuerlast zu hoch, dann behindert die Politik eine erfolgreiche Kantons- und Stadtentwicklung.

- **Politik muss Kantons- und Stadtentwicklung ermöglichen**

Die Basler FDP unterstützt deshalb das Bestreben des Regierungsrats, sich vermehrt der Kantons- und Stadtentwicklung zu widmen. Sie spricht sich aber dagegen aus, dass sich die Kantonsverwaltung selbst verwirklicht. Die Politik soll vielmehr jene Entwicklung zulassen, nach der es eine weitgehend selbst finanzierte Nachfrage gibt. Hierfür muss die Politik vor allem Entwicklungshemmnisse aus dem Weg räumen. Es ist nicht an der Kantonsverwaltung, sondern an den Einwohnerinnen und Einwohnern, Basel-Stadt zu entwickeln. Die Basler FDP möchte dem Kanton Basel-Stadt eine solche im besten Sinn nachhaltige Entwicklung ermöglichen.

3. Politik der Basler FDP

3.1. Agglomerationspolitik

Um Basel-Stadt eine Entwicklung auch über die engen Kantons Grenzen hinaus zu ermöglichen, fordert die Basler FDP, dass sich die Nordwestschweiz nachdrücklicher als in der Vergangenheit um die entsprechenden Bundesmittel bemüht. Schliesslich übernimmt die Region Basel Aufgaben für die ganze Schweiz, was sich auf die bauliche Entwicklung von Basel-Stadt und dessen Umland auswirkt. Die künftig vereinten Rheinhäfen beider Basel benötigen genauso Raum wie die grossen Nord-Süd-Verkehrsachsen, die durch Basel führen. Das Beispiel des gestrichenen neuen Jura-durchstichs Wisenbergtunnel darf sich nicht wiederholen. FDP-Grossrat Daniel Stolz hat die Einreichung einer entsprechenden Standesinitiative vorgeschlagen. Im Januar 2007 sind ihm Parlament und Regierung gefolgt.

> Antrag Daniel Stolz betreffend Standesinitiative Wisenberg

3.2. Zonenplan

Wie vom eidgenössischen Raumplanungsgesetz vorgeschrieben, soll der aktuelle basel-städtische Zonenplan von 1987 in den nächsten Jahren komplett revidiert werden. Der Zonenplan ist entscheidend dafür, welchen und vor allem wieviel Raum zur baulichen Nutzung zur Verfügung steht. Auch wenn die Basler FDP Qualität vor Quantität setzt, begrüsst sie grundsätzlich die Aufzoning ausgewählter Gebiete. Schliesslich benötigen bessere Wohnungen auch mehr Platz. Auch ein Kanton mit wenig Landreserven wie Basel-Stadt ist nie fertig gebaut – und ist keine Entwicklung mehr möglich, nimmt über kurz oder lang auch die Lebensqualität ab.

Damit der neu gewonnene bebaubare Raum aber vorab für qualitativ hochstehende Projekte genutzt wird, braucht es eine sorgfältige Auswahl der entsprechenden Gebiete sowie eine Liberalisierung der Baupolitik (vgl. Kapitel 3.3. Wohn- und Baupolitik). Nur so kann sichergestellt werden, dass sich die bauliche Entwicklung des Kantons primär in mehr Qualität und nur als Mittel zum Zweck in mehr Quantität niederschlägt. Die Basler FDP fordert deshalb beim neuen Zonenplan gleichermassen Differenzierung, Öffnung und Verdichtung.

- **Differenzierung**

Es muss sorgfältig darauf geachtet werden, dass die verschiedenen Wohnformen auch in Zukunft auf dem Kantonsgebiet möglich bleiben. Die Basler FDP will deshalb die baulichen Eigenheiten der Gemeinden und Quartiere erhalten und verstärken. Es muss in Basel-Stadt auch in Zukunft Einfamilienhauszonen wie auf dem Bruderholz oder in Riehen geben, genauso wie urban verdichtete Zonen entlang des City-Rings und anderer Verkehrsachsen. Die Quartiere aus der Gründerzeit gilt es teils in ihrer Eigenheit zu erhalten, etwa das Bachletten und das Gellert, teils weiterzuentwickeln, etwa das Gundeldingen oder das untere Kleinbasel.

- **Öffnung**

Gleichzeitig sollen die einzelnen Quartiere nicht entmischt werden. Die Forderung nach Erhalt der Quartiereigenheiten dürfen nicht zu einer segregierten Stadt führen. Die Basler FDP begrüsst deshalb die Öffnung unter anderem des Dreispitz-Areals, vermehrt auch der Innenstadt und mittelfristig der Hafena-reale für Wohnnutzungen. Im Gegenzug darf das Gewerbe nicht aus den Quartieren verdrängt werden. Finden Wohnen, Arbeiten und Freizeit wieder näher beieinander statt, führt dies nicht nur zu Herausforderungen etwa beim Lärm, sondern bringt auch Vorteile wie die Reduktion des Verkehrs.

- **Verdichtung**

Der neue Zonenplan soll dort neuen Raum vor allem durch Verdichtung erschliessen, wo Areale nicht oder schlecht genutzt werden. In Frage kommen ungenutzte Familiengärten oder Industriebrachen wie die Erlenmatt. Werden ausgewählte Zonen neu oder stärker überbaut, können gleichzeitig Flächen definiert werden, die es freizuhalten gilt.

3.3. Wohn- und Baupolitik

- **Mietrecht**

Eine erfolgreiche Stadtentwicklung setzt die Möglichkeit der Schaffung neuen und die Entwicklung des bestehenden Wohnraums voraus. Gesetzliche „Schutzbestimmungen“ stehen dem entgegen. Denn Gesetz und Gericht legen die zulässige Rendite fest, was betriebswirtschaftliche Überlegungen ausser Acht lässt, und erschweren damit den Liegenschaftsbesitzern die Bewirtschaftung ihres Eigentums. Dies führt in der Regel dazu, dass der Grundeigentümer kurz- und mittelfristig mit einer Verschlechterung seiner Rendite rechnen muss – und deshalb auf Investitionen verzichtet, die auch im Interesse der Mieterinnen und Mieter wären. Diese rechtlichen Voraussetzungen fördern denn auch das oft kritisierte Vorgehen vieler Investoren, Liegenschaften aufzukaufen, die Mietwohnungen mit finanziellen Anreizen zu kündigen und diese leicht saniert als Stockwerkeigentum zu verkaufen. Das Angebot an Mietwohnungen sinkt damit unter die Nachfrage des Markts, was wiederum die Mietzinsen steigen lässt. Die „Mietschutzbestimmungen“ wirken sich mit anderen Worten nicht selten kontraproduktiv aus.

Die Kündigungsvorschriften müssen deshalb besonders im Bereich der Wohnungssanierungen gelockert und die Durchführung von Umbauten erleichtert werden. Mittelfristig wird nur ein Übergang zur Marktmiete dafür sorgen, dass die Interessen der Hauseigentümer und der Mieter wieder besser übereinstimmen. Die Basler FDP fordert eine Mietpolitik, die nicht die Interessen des Mieterverbands verteidigt, sondern den Anbietern und Nachfragern von Wohnraum entgegenkommt.

- **Baurecht**

Das kantonale Gesetz über Abbruch und Zweckentfremdung von Wohnhäusern (GAZW) erklärt den Abbruch einer Liegenschaft sowie den Eingriff in die bestehende Bausubstanz als bewilligungspflichtig. Oft erhält ein Investor nur in Ausnahmesituationen eine solche Bewilligung – etwa aus Gründen der Sicherheit oder der Wohnhygiene, für öffentliche Zwecke oder wegen unzumutbaren Kosten für eine normale Sanierung. Die Schaffung neuen Wohnraums zählt nicht zu diesen Gründen. Auch für die Änderung von Wohn- in Geschäftsraum ist eine Bewilligung notwendig, was zum Einen wegen des grossen Angebots an Geschäftsliegenschaften überholt ist und sich zum Anderen dann hinderlich auswirkt, wenn jemand seine Wohnung etwa auch als Büro nutzen möchte. Das GAZW verhindert nicht nur, dass neuer Wohnraum entsteht, sondern setzt letztlich sämtliche Wohnungen generell unter Schutz. Dass dem Mieterverband dabei ein Beschwerderecht zu Gute kommt, verschlimmert die Situation für Mieter und Vermieter zusätzlich.

Statt sich für die Interessen der Mieterinnen und Mieter und damit gegen das GAZW einzusetzen, geht der Mieterverband genau den gegenteiligen Weg. Im April 2006 lancierte er die Volksinitiative „Ja zu einem besseren Wohnschutz für Mieterinnen und Mieter“, die zum Ziel hat, das GAZW durch ein noch schärferes Gesetz abzulösen. So sollen Renovation, Umgestaltung und Teilabbruch von Mietwohnungen, Abbruch von Mietwohnungen sowie Umwandlung von Mietwohnungen in Stockwerkeigentum oder Büro- und Geschäftsraum bewilligungspflichtig werden. Die Bestimmungen der Initiative sind derart restriktiv gefasst,

dass der Umbau einer Wohnung und damit die Schaffung neuen Wohnraums praktisch verunmöglicht wird. Zudem sollen die Rechte der Hauseigentümer und Investoren weiter beschnitten werden – bis hin zum Recht der Behörden, Höchstbeträge für Mietzinsen und Kaufpreise festzusetzen.

- Kantonale „Mietschutzinitiative“ des Mieterverbands Basel-Stadt
www.mieterverband.ch/bs_initiative01.0.html

Die Basler FDP lehnt diese Volksinitiative ab und ist erfreut darüber, dass sich praktisch sämtliche politischen Parteien gegen diesen Vorstoss stellen. Das Gegenteil ist nötig. Die Basler FDP spricht sich für die Abschaffung des GAZW aus. Damit wird es für Investoren wieder attraktiver, zu investieren und das Angebot nach tatsächlich nachgefragten Wohnungen zu erhöhen. Der Grosse Rat hat 2006 dem Regierungsrat einen Anzug von FDP-Grossrat Emmanuel Ullmann überwiesen. Ullmann will wissen, ob das GAZW noch zeitgemäss ist und welche Massnahmen ergriffen werden sollen, um die Schaffung von grossem Wohnraum zu ermöglichen.

> Anzug Emmanuel Ullmann: Förderung von grossem Wohnraum

- **Bausparen**

Im Kanton Basel-Stadt ist die Eigentümerquote mit rund 13% sehr tief. Für viele Einwohnerinnen und Einwohner, die Stockwerkeigentum oder ein Haus erwerben möchten, stellt weniger die Zinsbelastung, sondern das fehlende Eigenkapital den Haupthinderungsgrund dar. Leider verbietet das eidgenössische Steuerharmonisierungsgesetz den Kantonen die Einführung des steuerlich begünstigten Bausparens. Dabei hat der Kanton Basel-Landschaft eindrücklich aufgezeigt, wie sinnvoll Bausparen ist. Deshalb hat die Schweizerische Gesellschaft zur Förderung des Bausparens (SGFB) mit FDP-Nationalrat Hans Rudolf Gysin an der Spitze eine eidgenössische Volksinitiative lanciert, die es den Kantonen erlauben soll, Bausparen steuerlich zu privilegieren. Die Basler FDP unterstützt diesen Vorstoss.

- Eidgenössische „Bauspar-Initiative“ der SGFB
www.bausparen.ch

- **Staatliche Baumassnahmen**

Mit dem Impulsprogramm „Wohnumfeldaufwertung“ des Aktionsprogramms Stadtentwicklung hat der Regierungsrat verschiedene kleinere und grössere Umgestaltungen von Plätzen und Strassen vorgenommen. Allzu oft wurde dabei das angestrebte Ziel verfehlt, die betreffende Gegend aufzuwerten. Die neue Clarastrasse, der neue Rütimyerplatz oder die Neugestaltung des Viertels Socinstrasse-Eulerstrasse-Birmannsgasse stehen für „Aufwertungen“, die von grossen Teilen der betroffenen Bevölkerung schlecht aufgenommen worden sind. Für viele Einwohnerinnen und Einwohner stehen diese Projekte exemplarisch für den staatlichen Umgang mit Steuergeldern. Die Basler FDP kann diesen breiten Unmut verstehen. Sie hatte deshalb im Grossen Rat verlangt, dass die Neugestaltung des Karl Barth-Platzes dem obligatorischen Referendum unterstellt wird. Ganz knapp setzten sich im Januar 2007 jene Parteien durch, die diesen Entscheid dem Volk vorenthalten wollten.

Es soll künftig nicht mehr möglich ist, im Namen der Anwohnerinnen und Anwohner aufwändige Aufwertungen durchzuführen, ohne dass sich diese demo-

kratisch dazu äussern können. Die Basler FDP fordert eine ehrlichere Finanzierung solcher Vorhaben. Werden die notwendigen Mittel aus zahlreichen Kassen und Konten zusammengestückelt, entzieht man dem Volk durch die finanzrechtliche Hintertür das Mitbestimmungsrecht.

> Anzug Helmut Hersberger: Keine Kässeli-Politik bei Wohnumfeldaufwertungen

- **Raumnutzung der kantonalen Verwaltung**

Der Kanton Basel-Stadt verbraucht als grösster Arbeitgeber des Kantons viel Raum. Die Immobilien der Kantonsverwaltung, deren Wiederbeschaffungswert auf rund 5,5 Milliarden Franken geschätzt wird, wurden bisher wenig effizient genutzt. Auch wenn einige Liegenschaften für privaten Wohnraum frei gemacht worden sind, etwa der frühere Sitz des Erziehungsdepartements auf dem Münsterplatz, fehlte es den Dienststellen des Kantons bisher an Anreizen, haushälterisch mit der Ressource Raum umzugehen. Die Basler FDP begrüsst deshalb das neue Projekte Zentrale Raumdienste, das noch unter der bürgerlichen Regierung der letzten Legislatur initiiert worden ist. Ab 2008 werden allen Abteilungen der Kantonsverwaltung Mieten in Rechnung gestellt.

Damit sind die Dienststellenleiter angehalten, nur noch soviel Raum zu verbrauchen, wie sie finanzieren können und möchten – der Rest kann für private Wohn- und Arbeitszwecke zur Verfügung gestellt werden. Da Boden, wie jede endliche Ressource, dann am effizientesten bewirtschaftet wird, wenn er in privaten Händen ist, fordert die Basler FDP, nicht mehr benötigte Liegenschaften und Areale nicht nur im Baurecht abzugeben, sondern zu verkaufen.

3.4. Weitere Politikbereiche

- **Bildungspolitik**

Zu den wichtigen Herausforderungen der Kantons- und Stadtentwicklung zählt auch die Qualität der Schulen. Die Basler FDP hat deshalb zu diesem Thema 2006 ein Positionspapier vorgestellt sowie im Grossen Rat neue Vorstössen eingereicht. Im Vordergrund stand die Abkehr von Sonderzügen und Ideologien hin zu verbindlichen und klar strukturierten Schulen, die allen Schülerinnen und Schülern die optimale Bildung ermöglichen.

- Positionspapier der Basler FDP: „Intelligentes Basel“
www.fdp-bs.ch > Politik > Positionspapiere

- **Steuer- und Finanzpolitik**

Auch die Steuer- und Finanzpolitik zählt zu den Treibern der Bevölkerungsbe-
wegungen. Die überdurchschnittliche Belastung der Basler Bevölkerung und Un-
ternehmen führt zu einer finanziellen Negativspirale. Finanzkräftige juristische
und natürliche Personen ziehen nicht zu, sondern wandern ab. Dies muss mit
Steuersenkungen gebrochen werden. Dabei darf die stabilisierte Basler Staats-
kasse nicht aus dem Lot geraten. Die Basler FDP hat deshalb 2006 in einem Po-
sitionspapier verschiedene Strategien vorgeschlagen, die Finanz- und Steuerpo-
litik zusammenzubringen, und dem Grossen Rat neue Vorschläge unterbreitet.

- Positionspapier der Basler FDP: „Gesunde Kassen für Bevölkerung und Staat“
www.fdp-bs.ch > Politik > Positionspapiere

- **Verkehrspolitik**

Nicht nur für die Agglomerations-, sondern auch für die Kantons- und Stadtentwicklung spielt die Verkehrspolitik eine grosse Rolle. Wahl und Ausgestaltung der Verkehrsströme und -träger wirken sich direkt auf die Raumentwicklung aus, der Nutzen und die Belastungen des Verkehrs sind für die Lebens- und Wohnqualität entscheidend. Die Basler FDP kommt deshalb in einem separaten Positionspapier auf diesen Politikbereich zurück.

4. Ausgewählte Gebiete der Kantons- und Stadtentwicklung

4.1. Innenstadt

Die Basler FDP strebt für die Innenstadt in Bezug auf Zeit und Raum eine gute Aufenthaltsqualität für alle kantonalen und ausserkantonalen Nutzniesser sowie die Einwohner an. Dem ist heute nicht überall so. So verwaist zum Beispiel die Achse von der Aeschenvorstadt über die Freie Strasse und den Marktplatz bis zur Clarastrasse nach Ladenschluss regelmässig. Um eine Wiederbelebung des Stadtzentrums zu erreichen, braucht es genügend Parkraum in unmittelbarer Nähe der Innenstadt, attraktive Fussgängerzonen, die sofortige Entfernung von Graffiti und Abfall sowie die sinnvolle Begrünung und Möblierung von Plätzen und Strassen.

Damit kann die Basler Innenstadt ihre grosse Stärke vermehrt ausspielen – das Zusammenkommen eines historisch gewachsenen Stadtzentrums mit lauschigen Ecken, verwinkelten Gässchen und grossem Altstadtcharme sowie herausragender Bauten zeitgenössischer Architektur und eines attraktiven Kultur-, Gastronomie- und Einkaufsangebots für alle Bedürfnisse.

Damit Kultur- und Gewerbebetriebe ihre Vorhaben umsetzen können, braucht es unter anderem eine Koordinationsstelle in der Kantonsverwaltung. FDP-Grossrat Peter Malama hat deshalb die Einrichtung eines One Stop Shops angeregt, einer zentralen Anlauf-, Auskunfts- und Bewilligungsstelle.

> Interpellation Peter Malama: One Stop Shop

Im Weiteren haben die Jungfreisinnigen Basel-Stadt im Februar 2007 eine Petition für eine flächendeckende Fussgängerzone zwischen dem Barfüsserplatz und der Schiffflände lanciert. Markt- und Barfüsserplatz, Fischmarkt, Falknerstrasse, Gerbergasse und Freie Strasse sollen frei von Autos, Bussen und Trams werden. Die heutige Tramgeleise zwischen dem Barfüsserplatz und der Schiffflände sollen an den Petersgraben – zwischen Leonhardsgraben und Blumenrain – verlegt werden. Die Basler Innenstadt soll so gemäss den Jungfreisinnigen zu einer echten Fussgängerzone werden, von der die Bevölkerung, der Detailhandel und die Gastronomie gleichermaßen profitieren. Auch aus Sicht der Jungfreisinnigen braucht es ergänzend mehr Parkraum an der Peripherie der Innenstadt. Die Basler FDP fordert die Behörden auf, diese innovative Idee zur Innenstadtentwicklung ernsthaft zu prüfen.

- Petition der Jungfreisinnigen Basel-Stadt: „Neugestaltung der Basler Innenstadt“
www.innenstadtbasel.ch

Im Gegensatz zum aktuellen Ratschlag des Regierungsrats zur Finanzierung zweier Vorhaben aus dem Aktionsprogramm Stadtentwicklung, „Innenstadt – Qualität im Zentrum“ und „Neues Verkehrsregiment Innenstadt“, zeigt sich das Vorhaben der Jungfreisinnigen gleichzeitig konsequenter und differenzierter. Letzteres sieht das Problem nicht allein beim motorisierten Individualverkehr und verlangt ferner keine

Änderung des Verkehrsregimes auf der Mittleren Brücke. Eine Sperrung der Mittleren Brücke für den motorisierten Individualverkehr ist für die Basler FDP nicht akzeptabel. Sie fordert, diese zentrale Verkehrsachse auch künftig für alle Verkehrsteilnehmer offen zu lassen.

- Ratschlag Neugestaltung und neues Verkehrsregime Innenstadt
www.grosserrat.bs.ch > Geschäfte > 05.0865

4.2. Grossbasel-West

Das St. Johann-Quartier befindet sich im Umbruch. Mit der baldigen vollständigen Eröffnung der Nordtangente, deren Bau Basel-Nord in den letzten zehn Jahren geprägt hat, wird der Grossteil des Verkehrs von der Bildfläche in den Untergrund verschwinden. Die Stadtstrassen können endlich wieder in erster Linie dem Quartier dienen. Mit dem Novartis-Campus wird zudem ein für die ganze Stadt wichtiges Wirtschafts- und Forschungszentrum realisiert, das auf das ganze Quartier ausstrahlen wird; die neuen Überbauungen Pro Volta (Voltastrasse, Vogesenplatz, Bahnhof St. Johann) werden das Angebot an neuem Wohnraum vergrössern. Diese Entwicklungen müssen dazu genutzt werden, die Wohn- und Lebensqualität entscheidend zu steigern, um so vermehrt wieder den Mittelstand und Familien zurückzuholen.

Die Stadtentwicklung mit der Öffnung gegen Norden muss weiter vorangetrieben werden – auch grenzüberschreitend. Die Entwicklung des Nordens von Basel, nicht nur auf Grossbasler Seite, muss in Zusammenarbeit mit den Partnern in Frankreich und Deutschland diskutiert und koordiniert werden. In den letzten hundert Jahren wurden diese nördlichen Gebiete von Basel mit den südlichen Gebieten in Frankreich und Deutschland kaum städtebaulich verbunden. Dies muss in den nächsten Jahrzehnten korrigiert werden. Die Regio Basel kann so baulich über die Grenzen zusammenwachsen. Das gilt auch für die städtebauliche Einbindung der öffentlichen Uferzone und der neuen Hünigerstrasse beim Novartis-Campus.

> Interpellation Christian Egeler: Basel über die Landesgrenzen hinaus entwickeln

Im Weiteren ist das Projekt der Überdeckung der Elsässerbahn im Abschnitt Oberwilerstrasse bis Helvetiaplatz sowie die gleichzeitige Realisierung von rund 200 Wohneinheiten im Randbereich entlang der Kaltbrunnenstrasse zu reaktivieren und gleichzeitig mit der Entwicklung der dortigen Verkehrsinfrastruktur voranzutreiben.

> Anzug Emmanuel Ullmann: Überdeckung Elsässerbahn vorantreiben

4.3. Kleinbasel

Das Kleinbasel hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt. Mit Überbauungen auf ehemaligen Industriegeländen wie dem Warteck- oder dem Nielsen-Bohny-Areal sowie zahlreichen Neubauten im Horburg- und Rosentalquartier wurde neuer, zum Teil qualitativ hochwertiger Wohnraum geschaffen. Die Erschliessung des Erlenmattquartiers sowie die Bauprojekte auf dem ehemaligen Stückfärbereiareal werden eine nochmals erhöhte Nutzung des Kleinbasels mit sich bringen. Auch weisen grosse Unternehmen hohen Platzbedarf auf und erfüllen diesen durch eine markant verdichtete Bauweise. Ferner ist bekannt, dass die Quartiere Matthäus und Klybeck, aber auch Rosental, eine hohe Dichte von kleinen Wohnungen aufweisen, die den heutigen Ansprüchen nicht mehr genügen.

Die Basler FDP strebt im Kleinbasel ein ausgewogenes Nebeneinander von hochwertigem, urbanem Wohnen und dynamischem Wirtschaften an, das städtebaulich

und architektonisch hohen Ansprüchen genügt. Dabei sind die Expansionspläne der ansässigen Unternehmen bei der Zonenplanung zu berücksichtigen. Staatlicher Grundbesitz an der Vorzugslage unmittelbarer Rheinnähe – etwas das Areal des bald umziehenden Kinderspitals, die BVB-, Freizeit- und Familiengartenareale im Bereich Rankhof oder das Klybeckquais – sollte für hochwertige private Wohn- und Dienstleistungszwecke genutzt werden.

Schliesslich sind die vorhandenen Kultur-, Frei- und Grünflächen attraktiver zu gestalten und zu bewirtschaften. Das Kasernenareal ist gegen den Rhein zu öffnen, neue Ideen wie die dortige Realisierung eines durchgehenden Parks oder eines Kleinboothafens sind zu prüfen. Gleichzeitig soll der Übernutzung des Rheinbords Einhalt geboten werden. Statt Littering oder Konsumexzesse aller Art aber primär staatlich zu verfolgen, fordert die Basler FDP, stark frequentierte Orte am Rheinufer vermehrt an Private zu verpachten. Zeichnen Strassenkaffees und -bars für diese Abschnitte verantwortlich, steigt die Attraktivität des Angebots und der bewusste Umgang mit dem öffentlichen Raum. Die Umsetzung dieses Anliegens ist in enger Zusammenarbeit mit den Anwohnerinnen und Anwohnern an die Hand zu nehmen. Dabei sollen gewisse Bereiche dem Wohnen und stillen Erholen vorbehalten bleiben.

> Anzug Christian Egeler: Verpachtung von Abschnitten des Rheinbords

4.4. Riehen

Riehen muss kontinuierlich das Ziel verfolgen, in enger Zusammenarbeit mit privaten Investoren einen qualitativ hochstehenden, auf die verschiedenen Bedürfnisse abgestimmten Wohnungsbau zu ermöglichen. Eine zeitgemässe Erneuerung des Wohnangebots ist eine Voraussetzung dafür, dass Riehen als Wohn- und Lebensort attraktiv bleiben und seine finanzielle Substanz erhalten kann. Bei der Revision des Zonenplans für das Siedlungsgebiet finden derzeit mit dem Kanton Gespräche über die viel Zeit beanspruchende Vorprüfung des vom Gemeinderat eingereichten Entwurfs statt. Erst in einer späteren Phase kann die Zonenplanrevision für das Landschaftsgebiet in Angriff genommen werden. Die Riehener und Basler FDP fordern den Kanton auf, hier rasch vorwärts zu machen. Im Vordergrund stehen folgende Projekte:

- Bei der vom Einwohnerrat – gestützt auf das Leitbild „Riehen 2000 – 2015“, den kommunalen Richtplan 2003 und die Volksabstimmung über das Moostal 2004 – beschlossenen Zonenänderung für die beiden Gebiete Langoldshalde und Mittelfeld liegt der Ball wohl noch für längere Zeit beim Verwaltungsgericht. Erst danach kann das Genehmigungsverfahren durch den Kanton erfolgen.
- Nach der Fertigstellung der Siedlungen Im Wasserstelzen und Inzlingerpark nimmt nun das Wohnbauvorhaben im Gebiet Bosenhalde Gestalt an. Das Projekt wird kontrovers beurteilt und bedarf weiterhin der aufmerksamen Begleitung durch die Politik. Über den dem Projekt zugrunde liegenden Bebauungsplan wird der Einwohnerrat bald zu beschliessen haben.
- Im Rahmen eines partizipativen Planungsverfahrens soll die 2005 begonnene Entwicklungsplanung Stettenfeld mit aller Sorgfalt fortgesetzt werden. Dem Stettenfeld kommt für Riehens Zukunft grosse Bedeutung zu. Mit einem breiten öffentlichen Mitwirkungsverfahren auf der Grundlage eines Entwicklungsrichtplans sollen im Jahr 2007 Voraussetzungen für einen politisch tragfähigen Zonenplan für das Stettenfeld geschaffen werden. Parallel dazu soll anhand eines zu erarbeitenden Gewerbeleitbilds definiert werden, welche räumlichen und infrastrukturellen Voraussetzungen erforderlich sind, um für Gewerbebetriebe in

Riehen gute Zukunftslösungen schaffen zu können. Der Fokus darf sich gemäss der Riehener FDP nicht nur auf das Stettenfeld beziehen.

- Im Gebiet Lörracherstrasse gilt es, zusammen mit dem Kanton die Planung der flankierenden Massnahmen zur Zollfreien Strasse mit Überlegungen zur Quartierentwicklung zu verbinden.

Auch soll die neue S-Bahn-Station Niederholz Wirklichkeit und der Bahnhof Riehen Dorf und dessen unmittelbare Umgebung für die S-Bahn tauglich gemacht sowie behindertengerecht umgebaut werden. Mit der Erhöhung der Leistungsfähigkeit und des Fahrkomforts der Regio-S-Bahn sowie mit der Realisierung der Durchbindung der Roten Linie vom Badischen Bahnhof zum Bahnhof Basel SBB Ende 2006 wird sich der Modalsplit für Pendler aus dem Wiesental, aber auch für Fahrten von und nach Riehen merkbar zugunsten des öffentlichen Verkehrs ändern.

Im Bereich der Ökologie soll Riehen als Energiestadt der ersten Stunde weiterhin innovative Projekte in den Bereichen Energie und Umwelt vorantreiben, so etwa den Zusammenschluss der bestehenden Wärmeverbünde zwecks noch besserer Ausnutzung der Geothermie, die Unterstützung des Holzheizkraftwerks Basel oder das Einsammeln und Verwerten der biogenen Reststoffe zur Herstellung von Gas in der Vergärungsanlage Pratteln.

Übersicht parlamentarische Vorstösse der Basler FDP

- Antrag Daniel Stolz: Standesinitiative Wisenberg (8.9.2004)
- Anzug Emmanuel Ullmann: Förderung grossen Wohnraums (11.1.2006)
- Anzug Helmut Hersberger: Keine Kässeli-Politik bei Wohnumfeldaufwertungen (neu)
- Interpellation Peter Malama: One Stop Shop (18.4.2007)
- Interpellation Christian Egeler: Basel über die Landesgrenzen hinaus entwickeln (neu)
- Anzug Emmanuel Ullmann: Überdeckung Elsässerbahn vorantreiben (neu)
- Anzug Christian Egeler: Verpachtung von Abschnitten des Rheinbords (neu)

Rückfragen

- Baschi Dürr (079 407 95 69 / baschiduerr@baschiduerr.ch)

Die Basler FDP

Die Basler FDP ist die führende bürgerliche Partei des Kantons Basel-Stadt. Sie steht für gesellschaftliche Öffnung, Chancengleichheit und Marktwirtschaft und stellt 19 Vertreterinnen und Vertreter im Grossen Rat sowie mit Hanspeter Gass und Urs Schweizer je einen Regierungs- und Nationalrat. Die Mitglieder der Basler FDP sind im Weiteren in den kommunalen Parlamenten und Exekutiven sowie an den Gerichten und in den Schulinspektionen tätig. Die Basler FDP teilt sich in vier Quartiervereine – Grossbasel-Ost, Grossbasel-West, Oberes und mittleres Kleinbasel, Unteres Kleinbasel und Kleinhüningen – sowie die FDP Riehen. Parteipräsident ist Daniel Stolz.